



Protokoll

Jugendhilfeausschuss | Sitzung
19. Februar 2025, 16:35 bis 18:59 Uhr
öffentlich
Rathaus am Marktplatz, Bürgersaal
Vorsitzender: Bürgermeister Martin Lenz
Protokollführerin: Sylvia Kühn

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 32
Abwesende Mitglieder: 4

Vor Einstieg in die Tagesordnung verpflichtet der Vorsitzende Herrn Karl-Heinz Honeck (Evangelisches Dekanat Karlsruhe), Herrn Mischa Lange (GKK), Frau Nadine Rahner (ver.di), Herrn Wolfgang Stoll (Diakonisches Werk Karlsruhe), Herrn Marco Dawid (stja), Frau Eva Rühle (Heimstiftung).

Öffentlicher Teil:

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden im Bürgersaal sowie den neuen Amtsleiter des Schul- und Sportamtes, Herrn Allgaier. Herr Allgaier stellt sich kurz vor und berichtet über seinen beruflichen Werdegang.

TOP 1 Kinder und Jugend ARCHE Karlsruhe e. V. – Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII - Vorlage -

Der Vorsitzende begrüßt Frau Beck (Vorsitzende Kinder und Jugend ARCHE Karlsruhe e. V.).

Herr Nees (SJB) führt in den TOP ein.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss stimmt *einstimmig* der Anerkennung der Kinder und Jugend ARCHE Karlsruhe e. V. als Träger der freien Jugendhilfe zu.

TOP 2 Änderung in der Zusammensetzung des Arbeitsausschusses Jugendhilfeausschuss - Vorlage -

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss wählt *einstimmig* Frau Stadträtin Tanja Kaufmann anstelle von Frau Stadträtin Christina Zacharias zum Mitglied des Arbeitsausschusses Jugendhilfeausschuss.

TOP 3 Umsetzung des Rechtsanspruchs auf ganztägige Förderung von Kindern im Grundschulalter ab dem Schuljahr 2026/27: aktueller Planungsstand
- Vorlage -

Der Vorsitzende begrüßt Frau Wagner (SuS).

Frau Wagner (SuS) führt durch die Präsentation (siehe Anlage).

Herr Allgaier (SuS) berichtet vom Ganztagesbetreuungskongress des Städtetags Baden-Württemberg bei der Didacta in Stuttgart. Herr Oberbürgermeister Dr. Mentrup hat als Städtetagspräsident Baden-Württemberg besonders herausgestellt, dass das große Thema Rechtsanspruch auf ganztätige Förderung von Kindern im Grundschulalter nur gemeinsam umgesetzt werden kann.

Frau Langeneckert (SJB) erklärt, dass die Betreuung der Grundschulkinder zum Schul- und Sportamt übergeht, um die Umsetzung des Rechtsanspruchs in einem Amt zu bearbeiten. Die Überleitung zum Schul- und Sportamt ist mit Gemeinderatsbeschluss vom Herbst 2023 formal erfolgt. Die Horteleitungen sowie die Fachberaterin haben am Konzept für die Umsetzung des Rechtsanspruchs mitgearbeitet. Mit Schulsozialarbeit, Sozialem Dienst und vielen weiteren Schnittstellen wird die SJB weiterhin an den Schulen tätig sein.

Der Vorsitzende: Zwei Elternforen wurden bereits durchgeführt.

Herr Lange (GKK): Die Doppelstruktur aus Horten und Ganztageseschulen muss erhalten bleiben, solange keine nachweisbare Qualitätsverbesserung des schulischen Ganztags erreicht wurde. Bewährte Strukturen sollen nicht voreilig abgeschafft werden. Der GKK unterstützt das modulare System, jedoch sollte Wahlfreiheit für die Eltern bestehen. Das Mittagessen allen Kindern anzubieten, soll verschriftlicht in der Vorlage dargestellt sein. Bei der Ganztagesgrundschule muss eine verlässliche Nachmittagsbetreuung erfolgen. Das Tandem Lehrer und pädagogisches Personal funktioniert nicht überall reibungslos. Aufgrund der neuen Strukturen könnte vorhandenes Personal aus den Horten in andere Einrichtungen wechseln, was zu neuen Fachkräfte-Engpässen führen würde.

Die Investitionen für bauliche Maßnahmen müssen im kommenden Doppelhaushalt abgesichert werden.

Die Stadt wird aufgerufen, bzgl. finanzieller Unterstützung mit dem Land Kontakt aufzunehmen und zu verhandeln.

Frau Stadträtin Melchien (SPD): Welche Rückmeldungen wurden in den vielen Gesprächen/Veranstaltungen/Diskussionen gegeben?

Wann startet die Gruppe Kooperation?

Was wird für den Übergang für Kindern angedacht, die keinen Rechtsanspruch auf eine Ganztagesbetreuung haben, deren Eltern aber auf die Betreuung angewiesen sind? Bitte hier die Gremien frühzeitig in das weitere Vorgehen miteinbeziehen.

Für den Bau der Mensen und weitere bauliche Themen durch das HGW darf es keine langen Planungszeiten geben.

Frau Wagner (SuS): Mit den Elternvertreterinnen und Elternvertretern der Kitas und der Schulen sowie allen Akteuren findet ein reger und konstruktiver Austausch statt. Die AG Kooperationen wird ca. in 6 Wochen starten, jedoch in Abhängigkeit von den Ergebnissen der AG Personalbedarfe.

Der Vorsitzende: Für HGW sowie alle Dezernate gilt, dass der Ausbau Priorität hat. Der Soziale Wandel braucht die Umsetzung des Rechtsanspruchs der Eltern.

Frau Stadträtin Döring (KAL): Wie kann die Trennung in den Schulen von Halbtags- und Ganztagskindern erfolgen?

Gibt es die Möglichkeit, in den Schulen bereits vorhandene Räume für den Schülerhort für die Ganztagesgrundschule weiter zu nutzen oder gegebenenfalls zu erweitern?

Wird es grundsätzlich in allen Stadtteilen die Möglichkeit geben, zwischen einer Halbtagsgrundschule oder Ganztagesgrundschule mit modularem System zu wählen?

Kann auf mehr Bedarfe an Inklusion an einer Ganztagesgrundschule reagiert werden?

Werden die Schulbegleitungen bei einer Ganztagesgrundschule für den ganzen oder halben Tag genehmigt?

Für die Kinder an SBBZ ist das Thema Ferienbetreuung besonders wichtig.

Frau Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Wie wirkt sich die angespannte Haushaltssituation der Stadt auf die Umsetzung der Vorhaben aus?

Frau Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Die CDU-Fraktion befürwortet die Doppelstruktur von Hort und Ganztagesgrundschule und dass nicht zu früh mit dem Ausstieg begonnen wird.

Frau Rahner (ver.di): Im pädagogischen Konzept sind erfreulicher Weise die Forderungen der Belegschaft weitestgehend enthalten. Für das Fachkräftepersonal ist es wichtig, in geeigneten Räumlichkeiten arbeiten zu können sowie der Fachkraft/Kind-Schlüssel. Die Qualifizierung von Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern sollte Berücksichtigung finden.

Herr Stoll (Diakonisches Werk Karlsruhe) verlässt um 17:58 Uhr die Sitzung.

Herr Stolz (AfD) verlässt um 18.10 Uhr die Sitzung.

Herr Barton (AWO Karlsruhe): Die Träger in der Stadt Karlsruhe haben bereits unterschiedliche Angebote, zum Beispiel bei der Ferienbetreuung oder nachschulischen Betreuungen. Konnten diese Angebote bereits im Konzept Berücksichtigung finden, um etablierte Strukturen beizubehalten und um evtl. Doppelstrukturen zu vermeiden?

Frau Wagner (SuS): Bei der Ferienbetreuung ist nicht vorgesehen, ein neues System aufzubauen. Die Übertragung und Ausweitung der vorhandenen Angebote wird zusammen mit dem Stadtjugendausschuss konzipiert und in der AG Kooperationen weiter besprochen. Der Stadtjugendausschuss wird sich darüber hinaus mit seinen Erfahrungen insbesondere für die Ferienbetreuung für SBBZ einbringen.

Bereits 30 Kinder sind inklusiv an städtischen Horten angemeldet und können auch in das modulare System mit den Fachkräften übernommen werden. Je nach Bedarfen an Inklusion wird auch das Fachkräftepersonal entsprechend eingesetzt werden.

Bisher werden die Schulbegleitungen nur für die Schulzeit genehmigt und gefördert und nicht für die unterrichtsfreie Zeit; dasselbe gilt für die Schülerbeförderung.

Nicht in allen Stadtteilen wird eine Halbtags- und eine Ganztagsgrundschule angeboten werden können.

Es gibt auch jetzt schon an den Ganztagesgrundschulen Mischklassen. Grundsätzlich ist dies der Steuerungsprozess der Schulleitung.

Herr Allgaier: (SuS): Für den Sozialen und Kulturellen Wandel im Interesse der Kinder muss die Verwaltung als Vorbild vorausgehen und alle Akteure einbinden. Diese Aufgabe kann nur gemeinsam gemeistert werden.

Der Vorsitzende: Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagesbetreuung hat eine hohe Priorisierung innerhalb der Stadt Karlsruhe und deshalb bestehen keine Bedenken aufgrund der Haushaltslage. Mit einer Ausschreibung der Mensen in Systembauweise könnte der Bau zügig vorangehen.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

TOP 4 Neue Kita Finanzierungssystematik: Dynamisierung des gesamtstädtischen Beitragsniveaus und der Erstkinderzuschüsse - Vorlage -

Frau Dasting (SJB) führt in den TOP ein. Sie zeigt in einer Übersicht die Entwicklung der gemeinsamen Empfehlungen der Kirchen und der kommunalen Landesverbände (4K) sowie des gesamtstädtischen Beitragsniveaus bzw. der städtischen Benutzungsentgelte von 2015 bis 2025.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE): Von den Trägern wurde im Vorfeld darum gebeten, dass die Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt immer recht früh im Jahr erfolgen soll, damit ausreichend Zeit für die Umsetzung gegeben ist.

Herr Lange (GKK): Die Erhöhung der Kita-Gebühren enthält keinen Gegenwert für die Eltern wie z. B. Kita-Ausbau oder verlässliche Öffnungszeiten.
Die Verantwortung für die Kinder erfordert es, dass alle Maßnahmen mit einem 2. Kontrollweg geprüft werden, insbesondere wenn es um Einsparungen im Bereich der Familien geht. Die Stadt wird aufgefordert, die Belastung der Familien nicht weiter zu erhöhen, sondern alternative Möglichkeiten zur Gegenfinanzierung zu suchen.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat *mehrheitlich bei vier Enthaltungen und null Gegenstimmen*, die im Rahmen der Dynamisierung der Kita-Finanzierung und der Kita-Förderung folgende in der Anlage 1 und 2 dargestellten Erhöhungen zum 1. September 2025 zu beschließen:

1. Das gesamtstädtische Beitragsniveau wird, wie in Ziffer 2 der Anlage 1 dargestellt, angehoben. Entsprechend werden die monatlichen Benutzungsentgelte für die Betreuung in städtischen Kindertageseinrichtungen erhöht.
2. Die maximalen Erstkinderzuschüsse werden entsprechend Ziffer 3 der Anlage 1 angepasst.
3. Die Kostenbeiträge für die Kindertagespflege gemäß der Anlage 2 erhöht.

TOP 5: Inanspruchnahme der Sozialpässe erhöhen und vereinfachen

- Stellungnahme zum Antrag –

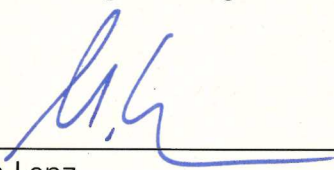
Frau Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Die Fraktion der GRÜNEN ist mit der Antwort der Verwaltung einverstanden und erwartet im Herbst 2025 die Ergebnisse gemeinsam mit einer Bestandsaufnahme und weiteren Entwicklungsmöglichkeiten.

Beschluss: Der Antrag wird als erledigt betrachtet.

Dem öffentlichen Teil der Sitzung folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Karlsruhe, den 26. Februar 2025

gesehen und genehmigt:


Martin Lenz
Bürgermeister


19.03.25


Sylvia Kühn
Schriftführerin